

# Die Milliarden vom Wahlkampf-Himmel

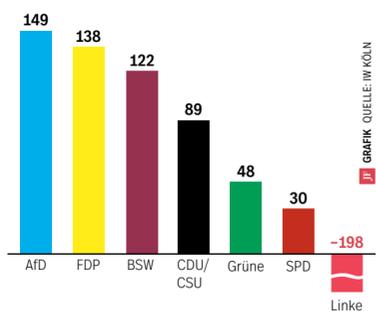
**Finanzpolitik:** Entlastungsversprechen mit halber Deckung / Wie die Parteien die Gegenfinanzierung bewerkstelligen wollen

DIRK MEYER

Im Streit über die Finanzierung des Bundeshaushalts 2025 ist die Ampel auseinandergebrochen. Von daher erstaunt der derzeitige Überbietungswettbewerb mit Steuerentlastungen (erhöhter Grundfreibetrag, Abflachung des Einkommensteuertarifs, Soli-Abschaffung), neuen Wohltaten (Klimageld) und einer Investitions-offensive (Investitionsprämie, Deutschlandfonds). Gemäß Artikel 115 des Grundgesetzes sind Einnahmen und Ausgaben „grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen“. Doch das Institut der deutschen Wirtschaft hat erhebliche Mindereinnahmen des Staates auf der Grundlage der Wahlprogramme und Positionspapiere der Parteien errechnet (in Milliarden Euro): AfD (149), FDP (138), Union (89), Grüne (48), SPD (30) und BSW (122). Angesichts eines gesamten Steueraufkommens von Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 861 Milliarden Euro sind dies erhebliche Lücken, die gefüllt werden müssen. Eine Ausnahme bildet die Linke mit geplanten Mehreinnahmen von 198 Milliarden Euro, finanziert vornehmlich durch eine Vermögenssteuer (123), Erhöhung der Unternehmensteuern (78), der Erbschaftsteuer (17) sowie einer Finanztransaktionssteuer (36).

## Ent- und Belastungen für Bürger und Firmen

laut den Wahl- und Parteiprogrammen in Milliarden Euro



Union, FDP und AfD wollen Bürger und Unternehmen in größerem Umfang steuerlich entlasten: bei Netzentgelten, Soli und Einkommensteuer, dazu die Körperschafts-/Gewerbesteuern absenken – allesamt wachstumsfördernde Maßnahmen. Da diese Parteien ihre Vorhaben ohne eine quantifizierbare Gegenfinanzierung unter Einhaltung der Schuldenbremse realisieren wollen, müßte ein entsprechend hohes Wirtschaftswachstum diese Mehrausgaben ausgleichen. Generell gilt zwar: Wachstum bedeutet mehr Einkommen, mehr Konsum und Investitionen bewirken Gewinne – all dies führt zu Steuermehreinnahmen. Doch werden sie ausreichen? Eine grobe Abschätzung bietet die gesamtwirtschaftliche Steuerquote von 23 Prozent.

## Mindereinnahmen fallen sofort an, Wachstumseffekte mit Zeitverzug

Jeder zusätzliche Euro an Wirtschaftsleistung beteiligt den Staat im Schnitt mit 23 Cent an Steuern. Bei einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 4,3 Billionen Euro würde ein Prozent Wachstum folglich zu Steuermehreinnahmen von 9,9 Milliarden Euro führen. Berücksichtigt man weiterhin, daß die drei Parteien das Bürgergeld reformieren und die Asylzuwanderung begrenzen wollen, wird hier pauschal eine Gegenfinanzierung von zehn Milliarden Euro als Einsparpotential angenommen. Unter diesen Annahmen hätten die Parteien indirekt folgende Wachstumseffekte (in Prozent des BIP) ihrer Programme vorausgesetzt: Union 7,9, FDP 12,8 und die AfD ganze 13,9 Prozent.

Zur Klarstellung sei gesagt, daß dies keine jährlichen Wachstumsraten sind. Vielmehr muß in absehbarer Zeit dieses Wachstum erfolgen, damit per Saldo die Selbstfinanzierung stattfindet und keine Zusatzkredite aufgenommen werden müssen. Doch die Mindereinnahmen fallen sofort an, während die Wachstumseffekte mit Zeitverzug eintreten. Deshalb wäre zumindest die Zwischenfinanzierung einschließlich Kreditzinsen innerhalb der Schuldenbremse zu klären. Angesichts eines Potentialwachstums von ungefähr 0,3 bis 0,5 Prozent (langfristig) grenzen diese eher unrealistischen Wachstumssteigerungen an unredliche Versprechungen.

Die Links-der-Mitte-Parteien haben eigene Lösungswege. Zum einen planen sie mit Steuererhöhungen in gewissem Umfang die Gegenfinanzierung ihrer Mehrausgaben (Mehrwertsteuerabsenkung, höheren Grundfreibetrag) – mit der



Bundestagswahlplakate in Heilbronn: Ohne Wirtschaftswachstum kein Wohlstandszuwachs

Wiedereinführung der Vermögensteuer, höheren Erbschaft- und Kapitalertragsteuern und einer „Reichensteuer“. Doch die umverteilende Absicht macht zugleich das Sparen und die Kapitalbildung für Investition unattraktiver – mit potentiell negativen Wachstumseffekten. Zum anderen wird der Ausweg über eine hohe Neuverschuldung gegangen. SPD und Grüne wollen einen kreditfinanzierten Deutschlandfonds (Startkapital: 100 Milliarden Euro) zur Sanierung der Infrastruktur und für den Strukturwandel hin zu einer CO<sub>2</sub>-armen Produktion errichten.

Private Investitionen will die SPD zusätzlich mit einer Steuerprämie locken. Damit verbunden wäre die Aufhebung der bisherigen Schuldenbremse. Sozialausgaben stehen hier scheinbar in keiner Konkurrenz zu den investiv notwendigen Sanierungsvorhaben über Neuschulden. Doch ist das so? Die angestrebten zusätzlichen Produktionsmöglichkeiten (Verkehr, Schulen, Glasfaser), insbesondere aber neuartige Technologien (Energie, KI), benötigen eine erhebliche Aufbauzeit, um mit ihrer Rendite Kreditzinsen und Tilgung zu bedienen.

Und die dafür eingesetzten Inputfaktoren (Arbeit, Maschinen, Material) stehen bei begrenzten Möglichkeiten in Konkurrenz zueinander – es gibt nichts kostenlos. Die Kredite belasten zukünftige Jahre. Auch wenn die zulässige strukturelle Neuverschuldung im Rahmen der nationalen Schuldenregel von 0,35 Prozent auf die auf EU-Ebene maximal zulässigen 1,5 Prozent des BIP angehoben würde, ergäben sich kaum weitere Spielräume, da nach EU-Regeln auch alle Nebenhaushalte (Sonderschulden) einzurechnen wären. Wenn es den Programmen demnach an einer soliden Gegenfinanzierung fehlt und/oder sie der Illusion eines

„Free Lunch“ durch Neuschulden unterliegen, wäre zu fragen, wie eine wachstumsorientierte Politik ohne Schuldenerweiterung aussähe.

## Es gibt realistische Einsparmöglichkeiten

Ein Klein-Klein dürfte bei Themen wie Demographie/Rente, Zuwanderung, Infrastruktur, Umweltschutz, Wehrfähigkeit nicht zielführend sein. Nötig wäre: Subventionsabbau (50 Prozent) bei angemessenen Rahmenbedingungen (etwa CO<sub>2</sub>-Preis) statt Lenkung durch Finanzhilfen (127 Milliarden Euro); Sozialstaat mit Vermeidungsanreizen (Arbeitslosengeld II/Bürgergeld 38 Milliarden Euro, Karenztage); Migrationsstopp an deutschen Grenzen/Abschaffung des individuellen Asylrechts (28 Milliarden Euro); gesteuerte Zuwanderung gemäß Arbeitskräftebedarf vereinfachen; Rentenzugangsalter der Lebenserwartung anpassen; statt an der Kriegstüchtigkeit an der Friedensfähigkeit arbeiten.

100 Milliarden Euro dürften so frei werden beziehungsweise zukünftig gar nicht erforderlich sein. Dann braucht das künftige politische Führungspersonal auch nicht eine zwei Jahrzehnte alte Ausrede von Angela Merkels damaligen SPD-Vizekanzler Franz Müntefering reaktivieren: „Wir werden an dem gemessen, was in Wahlkämpfen gesagt worden ist. Das ist unfair!“

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Alternativberechnungen aus DIW aktuell 106/25: [www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.936232.de/diw\\_aktuell\\_106.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.936232.de/diw_aktuell_106.pdf)

## DIHK-Kritik: „Das dritte Rezessionsjahr in Folge“

BERLIN. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) befürchtet eine anhaltende Rezession in Deutschland. „Nach Rückmeldungen von mehr als 23.000 IHK-Mitgliedsunternehmen in den ersten Wochen des Jahres gehen wir davon aus, daß 2025 die Wirtschaftsleistung um 0,5 Prozent sinken wird. Wir bekommen damit das dritte Rezessionsjahr in Folge. Das gab es in der deutschen Nachkriegsgeschichte noch nie“, erklärte DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikow im *Handelsblatt*. „Ich habe so eine schlechte Stimmung und so schlechte Zahlen noch nie gesehen. Wenn die Politik in den nächsten vier Jahren die Standortbedingungen nicht deutlich verbessert, dann kommt Deutschland aus dem Tief nicht heraus“, warnte die frühere Geschäftsführerin des Waren-Vereins der Hamburger Börse. Neben den Themen Steuern, Energie, Fachkräfte und Infrastruktur müsse die nächste Bundesregierung vor allem die Bürokratie abbauen: „Die USA, die jetzt mit Elon Musk die große Deregulierung planen, haben für 2019 bis 2024 rund 5.500 Gesetze und Resolutionen erlassen. Im gleichen Zeitraum hat die EU aber 13.000 erlassen. Die enthalten auch noch delegierte Rechtsakte, die erst noch folgen werden“, kritisierte die 43jährige Juristin. (fis)

► [www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse](http://www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse)

## OMV: Milliardenverluste und Vertragsverletzungen

WIEN. Der österreichisch-arabische Öl-, Gas- und Chemiekonzern OMV hat durch den Ukraine-Krieg und die Sanktionsspirale Milliardenverluste erlitten. Man habe seit 2022 nicht mehr in Rußland investiert. „Wir mußten damals auch unser Gasfeld in Westsibirien sowie das Darlehen an Nord Stream 2 wertberichtigen, das waren Abschreibungen von insgesamt 2,5 Milliarden Euro“, erklärte OMV-Vorstandschef Alfred Stern in der *NZZ*. Auch der 1968 mit der Sowjetunion geschlossene Gaslieferungsvertrag, der nach 1991 von Gazprom weitergeführt wurde, sei im Dezember gekündigt worden: „Die Unzuverlässigkeit Gazproms durch die mehrfachen schwerwiegenden Vertragsverletzungen bedeutete für uns ein finanzielles Risiko. 2022 verursachte das für die OMV einen Schaden von knapp 700 Millionen Euro“, erläuterte Stern. „Als uns ein Schiedsgericht im letzten Herbst deshalb 230 Millionen Schadenersatz zusprach, stellte Gazprom die Lieferungen ganz ein – eine weitere Vertragsverletzung.“ (fis)

► [www.omv.com/de/Was-wir-tun](http://www.omv.com/de/Was-wir-tun)

# Rettung durch Rüstung

**Görlitz:** Deutsch-französische KNDS-Holding übernimmt Alstom-Reste

PAUL LEONHARD

Ein schwarzgrüner Schützenpanzer vor einem knallroten Doppelstockzug der Deutschen Bahn – so sieht die Zukunft für die Spezialisten des Alstom-Werkes Görlitz aus. Achtzig Jahre nach Kriegsende wird das unweit des Truppenübungsplatzes Oberlausitz gelegene Görlitz wieder Rüstungsstandort. Gleichzeitig enden 176 Jahre Schienenfahrzeuggeschichte in der Neißestadt. Wer von der derzeit 700 Beschäftigten Glück hat, wird von deutsch-französischen Konzern KNDS übernommen. Aktuell sollen es 350 sein, perspektivisch vielleicht 400 – von einst über 1.200.

Aber nicht nur deswegen ist die Stimmung in der 57.000-Einwohner-Stadt mies. Denn seit zwei Jahren wird allwöchentlich für ein Ende des Ukrainekrieges und eine Verständigung mit Rußland demonstriert. Deswegen haben die KNDS-Manager zur Vertragsunterzeichnung wohl einen Radpanzer mitgebracht, der mit einem kleinen Roten Kreuz als Sanitätsfahrzeug gekennzeichnet ist. Daß der Schienenfahrzeugbau hier aus Sicht des französischen Alstom-Konzerns keinen Sinn mehr macht, ist seit Jahren klar. Dem Werk wurden immer mehr Aufträge und Fertigkeiten entzogen, bis bloß noch „ein nackter Kastenwagen“ da war, so der Görlitzer AfD-Landtagsabgeordnete Sebastian Wippel.

Im Mai 2024 wurde bekannt, daß die gesamte Wertschöpfung ins oberschlesische Kattowitz verlagert und 2026 die Fertigung in Görlitz auslaufen soll. Dies sei auch eine Folge der staatlich gewollten steigenden Energie- und Lohnkosten in Deutschland, monierte AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla, zu dessen Bundestagswahlkreis Görlitz gehört. Hinter den Kulissen verhandelten Bundes- und Landesregierung einen Deal mit der Rüstungsindustrie: Bundeswehraufträge gegen eine Investition in Görlitz. KNDS fand sich schließlich dazu bereit. Bei der Vertragsunterzeichnung sprach Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer von einer „Riesenchance“. Es gehe um den Erhalt tarifgebundener Arbeitsplätze.

KNDS, eine 2015 gegründete Holding von Krauss-Maffei Wegmann und dem französischen Nexter-Konzern, soll in Görlitz Komponenten für schwere Waffensysteme wie den Kampfpanzer Leo-

pard 2, die Radhaubitze RCH155 und das GTK Boxer bauen. Damit wird an eine Tradition angeknüpft, über die weder Olaf Scholz noch Kretschmer oder CDU-Oberbürgermeister Octavian Ursu ein Wort verloren haben: Denn der Görlitzer Waggonbau hat schon seit Anfang der 1930er Jahre Lkw, Schützenpanzer und MG-Wagen für Reichswehr und Wehrmacht gebaut, später auch Panzeraufbauten und nach Kriegsende schließlich sowjetische Panzer instandgesetzt – bevor die Anlagen demontiert und in die UdSSR transportiert wurden.

Der Niedergang des Görlitzer Waggonbaus, der die Stadt wirtschaftlich seit 1848 geprägt hat, ist auch ein Lehrstück für die Deindustrialisierung Sachsens. Von der Treuhand wurde das DDR-Kombinat Schienenfahrzeugbau in Deutsche Waggonbau AG (DWA) umbenannt und 1996 an den Finanzinvestor Advent International verkauft. 1998 übernahm der kanadische Konzern Bombardier die DWA, der zahlreiche Umgliederungen vornahm. Das Görlitzer Werk wurde 2005 zum europäischen Zentrum für die Verarbeitung von nicht rostenden Stählen, dann zum Rohbaukompetenzzentrum, letztlich aber auf die Fertigung von Aluminiumwagenkästen gestutzt. 2021 wurde das Werk an Alstom verkauft. Es sollten sofort 400 der 900 Arbeitsplätze gestrichen werden, was verhindert wurde.

Im Juli 2024 teilte der Alstom-Konzern, der ebenso wie zuvor Bombardier das Werk auf Verschleiß gefahren hat, mit, den Standort zum Auslaufen des Tarifvertrags 2026 aufzugeben. Mit dem ausgehandelten Deal zeigte sich Tim Dawidowsky, Mittel- und Nordeuropa-Chef von Alstom, zufrieden: „Hier kommt zusammen, was wirklich zusammen paßt.“ Die Belegschaft in Görlitz stehe für Qualität und hohe Expertise in der Metallverarbeitung. Während Alstom seine Kapazitäten in Görlitz ab Frühjahr 2026 herunterfährt, baut KNDS seine parallel dazu aus. Dank Bundeswehraufträgen (123 Panzer, mehr als 80 Radhaubitzen und 150 Boxer) soll der neue Standort erst einmal bis Anfang der 2030er Jahre ausgelastet sein. Der Rüstungskonzern investiert einen hohen zweistelligen Millionenbetrag und will noch in diesem Jahr erste Mitarbeiter übernehmen.

► [www.knds.de/systeme-produkte](http://www.knds.de/systeme-produkte)  
► [www.alstom.com/newsroom](http://www.alstom.com/newsroom)

# KONTRAFUNK

Die Stimme der Vernunft

unabhängig,  
eigenständig,  
aus der Schweiz

## Wir brauchen eine Rundfunkwende

Als Internetradio unter

# www.kontrafunk.radio

sowie in vielen Regionen der Schweiz auf DAB+

ANZEIGE